



Harald Leibrecht

Vorsitzender der Landesgruppe Baden-Württemberg der FDP-Fraktion
VN-politischer Sprecher / Sprecher für Auswärtige Kulturpolitik
Auswärtiger Ausschuss
- FDP-Fraktion -

Dienstgebäude:

Dorotheenstr. 101, JKH, Zi. 6.703
D-10117 Berlin

☎ 030 - 227 75133

📠 030 - 227 76382

✉ harald.leibrecht@bundestag.de

Wahlkreisbüro:

Schlossstraße 32
D-74379 Ingersheim

☎ 07142 - 919192

📠 07142 - 919184

✉ harald.leibrecht@wk.bundestag.de

Homepage: <http://www.leibrecht.de>

Pressemitteilung vom 10.03.2009

Zum 50. Jahrestag der blutigen Niederschlagung des tibetischen Volksaufstandes

Anlässlich des 50. Jahrestages der chinesischen Invasion in Tibet äußerte sich der Vorsitzende der baden-württembergischen Landesgruppe der FDP-Fraktion und Mitglied des interfraktionellen Tibet Gesprächskreises, Harald Leibrecht, der auch den Internationalen Aufruf für Tibet unterstützt.

Auch 50 Jahre nach der chinesischen Invasion bleibe festzustellen, dass das tibetische Volk in seiner politischen Selbstbestimmung und kulturellen Freiheit weiterhin unterdrückt werde und Tibet die wirtschaftlich schwächste Region Chinas sei. Dabei ist die Tibet-Problematik ein Konflikt, der ein wichtiges Zeichen setzt. Denn der über Jahrzehnte gewaltlose Kampf des Dalai Lama kann in Zeiten der weltweiten gewaltsamen und terroristischen Auseinandersetzungen nicht hoch genug geschätzt und nicht oft genug gewürdigt werden.

„Ich bin schwer enttäuscht über die Entwicklungen in Tibet während der letzten Jahre und kann die aktuelle Kritik des Dalai Lama am Umgang Chinas mit der tibetischen Minderheit sehr gut nachvollziehen“, so Leibrecht.

In Lhasa kommt es derzeit zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen der tibetischen Bevölkerung und chinesischen Sicherheitskräften. Anlässlich des 50. Jahrestages der gewaltsamen Niederschlagung des tibetischen Volksaufstandes am 10. März ist es in den letzten Tagen zu zahlreichen Demonstrationen innerhalb und außerhalb Tibets gekommen. Die chinesischen Behörden haben darauf mit erhöhten Sicherheitsvorkehrungen in Tibet und der Nachbarprovinz Sichuan und mit der Abriegelung mehrerer Klöster reagiert.

„Ich rufe beide Seiten zum Gewaltverzicht auf und appelliere inständig an die chinesischen Machthaber keine Gewalt gegen die tibetische Bevölkerung einzusetzen. Die fortdauernden Spannungen sind ein Produkt der über Jahre lang erfolgten systematischen kulturellen und religiösen Diskriminierung der tibetischen Bevölkerung. Die Bundesregierung fordere ich auf, den Entwicklungen in Tibet mehr als ein Schweigen entgegenzusetzen und auf die chinesische Regierung für eine friedliche Lösung der Tibetfrage einzuwirken. Deutschland muss hierzu offen und öffentlich Stellung. Der Einsatz für Menschenrechte und für die Selbstbestimmung einer unterdrückten Minderheit richtet sich nicht gegen das chinesische Volk, sondern ist ein Appell an die chinesische Führung, sich für das Miteinander und für den Dialog zu entscheiden.“

